

# Gemeinde Wustermark

## Der Bürgermeister



### Antrag

Nr.: A-010/2020  
öffentlich

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Gemeindevertretung	03.03.2020	öffentlich

**Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Gemeindevertreterversammlung am 03.03.2020  
hier: Beitritt der Gemeinde Wustermark zum Bündnis "Bürgermeister für den Frieden"  
(Mayors for Peace)**

#### Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Wustermark tritt dem Bündnis „Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors for Peace) bei.
2. Zum jährlichen Flaggentag am 08. Juli soll eine Hissflagge des Netzwerkes im Hochformat vor dem Rathaus Wustermark aufgezogen werden.

#### Antragsbegründung:

Die „Bürgermeister für den Frieden“ ist eine internationale Organisation, die sich friedenspolitisch für die atomare Abrüstung einsetzt. Gegründet wurde sie 1982 von einem ehemaligen Bürgermeister der Stadt Hiroshima in Japan. Aktuell gehören der Organisation 7800 Städte und Gemeinden in 163 Ländern an.

Atomwaffen sind vor allem für Städte und deren direktes Umland eine immense existenzielle Bedrohung. Nukleare Waffen wurden vor allem auch deswegen entwickelt, um im entsprechenden Fall ganze Städte und ihre Regionen zu zerstören. Die Gemeinde Wustermark liegt im direkten Speckgürtel der Bundeshauptstadt Berlin.

Die Organisation hat sich bereits in der Vergangenheit an internationalen Verhandlungen zur atomaren Abrüstung beteiligt: An denen zum Atomwaffensperrvertrag und zum Atomwaffenverbotsvertrag. Auch in Zukunft werden sich die „Mayors for Peace“ im Rahmen von Verhandlungen für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen.

Auch hat sie die „2020 Vision“ ins Leben gerufen: Ziel ist die verbindliche Vereinbarung eines Zeitplanes bis 2020 zur Abrüstung aller Atomwaffen und die anschließende Schaffung einer Atomwaffenkonvention, um solcherlei Waffenentwicklung in Zukunft zu verbieten.

Durch weltweite Aktionen und Programme soll in den Mitgliedsstädten und Mitgliedsgemeinden auf die erhebliche Gefahr von Nuklearwaffen aufmerksam gemacht werden.

gez. Sandra Schröpfer  
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE.

Az.:  
10.02.2020